Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7523

29. 06. 90

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Garbe, Brauer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/7386 —

Mögliche Ausrottung des Mount Graham Rothörnchens durch das Max-Planck-Institut für Radioastronomie

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist eine Selbstverwaltungsorganisation zur Förderung der Wissenschaften in Form eines eingetragenen Vereins. Der Bund und die elf Länder gewähren der MPG gemeinsam und zu gleichen Teilen eine globale finanzielle Zuwendung. Im Rahmen des geltenden Rechts handelt die MPG eigenverantwortlich.

Die MPG hat 1982 das Angebot der Universität von Arizona angenommen, ein Zehn-Meter-Radioteleskop gemeinsam zu bauen und zu betreiben. Die Universität hat mehrere ähnliche Vereinbarungen mit anderen Partnern geschlossen.

Die inzwischen in der Öffentlichkeit erörterten Umweltprobleme müssen von den amerikanischen Behörden bewertet und entschieden werden. Die MPG will das Teleskop nur errichten, wenn die zuständigen Behörden der USA den Standort für die von der Universität vorgeschlagene wissenschaftliche Nutzung freigeben. Die Haltung der MPG ist nicht zu beanstanden.

Die drei größten Naturschutzorganisationen der USA haben sich Anfang Januar an die deutsche Öffentlichkeit gewandt mit der dringenden Bitte, die Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie in Bonn davon abzubringen, an der Ausrottung des Mount Graham Rothörnchens mitzuwirken, das zu den gefährdetsten Säugetieren der USA zählt und nur in der Gipfelregion des Mount Graham vorkommt.

Teleskope des deutschen Max-Planck-Instituts (MPI) für Radioastronomie und des Vatikan werden die ersten im Rahmen eines Forschungsprojekts der Universität Arizona sein, das insgesamt die Errichtung von sieben Teleskopen auf dem Mount Graham in Arizona vorsieht. Damit

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers für Forschung und Technologie vom 26. Juni 1990 übermittelt.

würden bis zu 25 Prozent des Lebensraums der Rothörnchen und seiner einzigartigen Lebensgemeinschaft im altholzbestandenen Kernstück der Gipfelregion des Mount Graham zerstört.

Das Max-Planck-Institut hat bereits zu verstehen gegeben, daß ein günstigerer Standort für die Teleskope Hawaii böte, aber höhere Kosten verursachen würde.

Angesichts der Tatsache, daß die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zu mehr als 50 Prozent mit Mitteln des Bundeshaushalts finanziert wird, fragen wir die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die drei größten Naturschutzorganisationen der USA, nämlich die National Wildlife Federation, die National Audubon Society und der Sierra Club massiv gegen die Teleskopprojekte auf dem Mount Graham protestieren und die Bundesrepublik Deutschland auffordern, von dem Projekt Abstand zu nehmen?

Die Proteste der amerikanischen Naturschutzorganisationen sind der Bundesregierung bekannt.

2. Warum wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der Mount Graham für das Teleskopprojekt gewählt und nicht Alternativstandorte in Hawaii oder Chile?

Nach Auskunft der MPG hat die Universität den Mount Graham aus 280 Standorten der kontinentalen USA als den geeignetsten ausgewählt; Standorte in Hawaii oder Chile konnten wegen fehlender Kooperationspartner nicht in Betracht gezogen werden.

3. Welche Mittel wurden für das Teleskopprojekt des Max-Planck-Instituts bewilligt, welche Kosten werden für das Projekt am Mount Graham veranschlagt, und welche Mittel würden an den Alternativstandorten benötigt?

Die MPG will die Investitionen aus Stiftungsmitteln finanzieren, die Betriebskosten aus dem Haushalt des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie. Die Investitionen betragen der MPG zufolge insgesamt rd. 8 Mio. Dollar, die laufenden jährlichen Kosten etwa 1,3 Mio. Dollar. Die MPG schätzt die Mehrkosten in Hawaii auf 100 Prozent; für Chile seien sie mangels Standorts nicht abschätzbar.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß durch Druck des Max-Planck-Instituts in den USA ein eigenes Gesetz Ende 1988 durch den Congress gebracht wurde, um die notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung für das Teleskopprojekt aussparen zu können?

Nach Auskunft der MPG ist sie bei dem Gesetzgebungsverfahren in den USA nicht beteiligt gewesen.

5. Teilt die Bundesregierung die von den Naturschutzorganisationen der USA vorgebrachten Bedenken bezüglich der Zerstörung des Lebensraumes des Mount Graham Rothörnchens und der drohenden Ausrottung dieser gefährdetsten Säugetierart der USA durch das Teleskopprojekt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen Bedenken?

6. Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Mount Graham ein Heiligtum der San-Carlos-Apachen ist?

   Wenn ja, zieht die Bundesregierung hieraus Konsequenzen?

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Prof. P. G. Mezger, Direktor des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie (in MPG-Spiegel 6/89), daß der Widerstand „teils von Naturschützern, teils aber auch von Leuten mit sehr eigennützigen Interessen vorgetragen wurde", und wenn ja, um welche Interessen handelt es sich dabei, und werden diese eigennützigen Interessen auch von den amerikanischen Naturschutzorganisationen vertreten?

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Prof. P. G. Mezger, Direktor des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie (in MPG-Spiegel 6/89), daß

   a) der bereits vorhandene Tourismus am gesamten Mount Graham von 207 000 bis 300 000 Besuchertagen/Jahr und die Tatsache, daß die Eichhörnchen in Waidmannskreisen als Leckerbissen gelten, ein Argument für die weitere Erschließung sei und damit die Naturschutzverbände widerlegt würden, die aus den zwei environmental impact statements (EIS) zitieren, daß es in der Gipfelregion des Mount Graham nur 6 000 Besuchertage/Jahr gibt und das Jagen der Eichhörnchen seit 1986 verboten ist,

   b) die neue Straße mit 3 km, wovon 1,5 km innerhalb des Refugiums der roten Eichhörnchen verlaufen, so kurz sei, daß sie keine nennenswerten Auswirkungen habe, die Naturschützer jedoch sagen, daß es nicht auf die Länge ankäme, sondern allein auf die Tatsache, daß das zusammenhängende Kronendach zerstört würde, was erheblichen Einfluß auf die Nahrungsgrundlage der roten Eichhörnchen hat,

   c) Aufforstungen an anderer Stelle die Rodungen in der Gipfelregion des Mount Graham ausgleichen würden?

Die Bundesregierung kann diese Fragen aus eigenem Wissen nicht beantworten.

9. Ist der Bundesregierung bekannt, daß aufgrund der Proteste der Naturschutzorganisationen der Baubeginn um weitere drei Monate von seiten des Max-Planck-Instituts hinausgeschoben wurde, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Projekt nicht gegen den Widerstand der Naturschutzorganisationen durchsetzen zu lassen?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, in die inneramerikanischen Verfahren einzugreifen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333